

Es wird unverblümt Parteiräson gefordert

Bei der CDU-Jahreshauptversammlung (WÜMME-ZEITUNG vom 2. März) hat sich Axel Miesner durch seine Aussage zur Straßenbahn selbst entlarvt. Er warnt die CDU-Mitglieder Lilienthals, bei der bevorstehenden Entscheidung zur Straßenbahn nicht umzukippen, da dies einem politischen Selbstmord gleichkäme.

Es wird unverblümt Parteiräson gefordert und es geht nicht darum, ob die Straßenbahn für Lilienthal sinnvoll und bezahlbar ist, sondern nur darum, das Gesicht der CDU zu wahren. Eine erschreckende Tatsache, die verdeutlicht, wie fragwürdig die Ortspolitik ist. Nach dem Motto: „Wir stehen zum Vertrag der Linie 4, egal was es den Bürger kostet und welcher Schaden der Natur und dem Ortsbild unwiederbringlich angetan wird.“

Dies wird auch durch den höchst zweifelhaften Vertrag mit der BSAG von 1994 deutlich, unterschrieben von Herrn Wesselhöft und Herrn Stormer. In diesem Vertrag überträgt die Gemeinde Lilienthal die gesamte Bauplanung, Durchführung und Aufsicht auf die Bremer Straßenbahn AG, und Lilienthal verpflichtet sich zur Übernahme aller Kosten. Dies sind einseitige Vertrags-Nachteile für Lilienthal, vergleichbar mit einem ein Fass ohne Boden. Die spätere Bürgerbefragung war also eine reine Farce und hätte am Vertrag mit Bremen nichts geändert.

Welche Beweggründe Herrn Miesner zur Realisierung des Straßenbahnprojektes auch treiben mögen, er ignoriert dabei den Ratsentscheid zur Kostendeckelung und die weitere unzweifelhafte hohe Kostenbelastung der Gemeinde. Zur Schuldentilgung melden sich schon mal die ersten Stimmen zur Anhebung der bereits bestehenden hohen Grundsteuer und der völlig überhöhten Abwassergebühr. Offenbar unberührt von der Tatsache, dass hier ungerechtfertigt auf das Eigentum und die Altersvorsorge der Bürger zugegriffen wird.

In reiner Selbstüberschätzung wird vollmundig vom Verbandsvorsitzenden Axel Miesner verkündet, dass die Basisarbeit vor Ort ein Erfolgsgeheimnis der CDU sei.

PETER BRÜNING, LILIENTHAL

Auf welcher Seite findet der Absturz statt?

Der Vertrag mit Bremen zum Bau der Linie 4 bis zum Falkenberger Kreuz sollte nur unter der Bedingung zustande kommen, dass der Anteil Lilienthals die Obergrenze von 4,1 Millionen Euro nicht übersteigt. Da inzwischen diese Summe um ein Vielfaches überschritten wird, können wir froh sein, dass es noch zwei Parteien – CDU und FDP – im Lilienthaler Rat gibt, die sich zu Recht um die Finanzen, die ohnehin schon in besorgniserregendem Zustand sind, Gedanken machen, um einen finanziellen Bankrott zu verhinden.



Die Verlängerung der Straßenbahnlinie 4 von Borgfeld bis nach Falkenberg ist und bleibt das Reizthema Nummer eins in Lilienthal. Das spiegelt sich auch in den Leserbriefen wider.

FOTO: HENNING HASSELBERG

dem. Die Fraktionen der CDU und der FDP im Lilienthaler Rat verhalten sich – ihrem Auftrag verpflichtet – verantwortungsvoll im Umgang mit dem Geld der Steuerzahler.

Der Ausspruch von Herrn Miesner, im Falle eines erneuten Umkippens zur Linie 4 von einem politischen Selbstmord zu sprechen, ist vollends deplatziert. Da die Straßenbahn nicht zwingend notwendig ist und einer finanziellen Gratwanderung gleich kommt, ist es ungewiss, auf welcher Seite der Absturz stattfindet.

KARL-ERNST HELLBERG, LILIENTHAL

Streichung war dringendes Gebot der Stunde

Wie viel eingeschränkte Neutralität verträgt eine Zeitung? Überhaupt keine! Der Journalist ist nicht nur zur Wahrheitsstreuung verpflichtet, er muss auch Informationen mit der nach den Umständen gebotenen Sorgfalt auf Wahrheit, Inhalt und Herkunft prüfen. Die Bürger haben weder indirekten

Druck auf die Christdemokraten zur Zustimmung zur Linie 4 ausgeübt, noch haben sich die Bürger klar und unmissverständlich für den Bau einer Straßenbahn ausgesprochen. Die zitierte Befragung war rechtsungültig, weder die Politik noch die Presse kann und darf sich auf diese nichtige Befragung berufen. Wenn Herr Pfaff den vielen Hinweisen, dass diese Befragung nicht rechtens war, nicht glauben mag, dann wäre es seine Pflicht gewesen, vor der Verfassung seines Kommentars Rechtsauskunft einzuholen.

Vielleicht unterlässt er es dann endlich, auf den angeblichen Mehrheitswillen der Lilienthaler Bevölkerung zur Linie 4 zu verweisen. Die Streichung der Planungsmittel aus dem Haushalt durch die FDP und CDU war ein dringendes Gebot der Stunde. Herr Holatz ist nach vielen Anläufen nun endlich bereit, der Bevölkerung wenigstens den wahren Schuldenstand der Gemeinde zu nennen, nahezu 70 Millionen. Herr Pfaff vermeidet immer noch in seinen Kommentaren, auf diesen Schuldenstand hinzuweisen und der Bevölkerung zu erklären, dass sich die Ge-

meinde eine Straßenbahn, ob gewollt oder nicht, einfach nicht leisten kann. Die BSAG und Bremen dürfen sich über die zögerliche Haltung der Lilienthaler nicht beschweren. Die von der BSAG vorgelegte Standardisierte Bewertung wirft mehr Fragen auf als sie Antworten gibt. Bis heute kann niemand definitiv sagen, wie hoch der Lilienthaler Anteil an den Investitionen für die Linie 4 sein wird, 4,1 Millionen Euro oder 20 Millionen Euro oder vielleicht noch mehr. Auch diese Wahrheit hätte Herr Pfaff in seinem Kommentar den Bürgern erklären müssen.

HERBERT ROSCHEN, LILIENTHAL

Zum Artikel „Mit der Hauptamtlichkeit ist es vorbei“ vom 26. Februar:

Aufgaben sind nicht in fünf Wochenstunden zu leisten

Schade, die Ratsfrau Heidi Kupsch habe ich bislang als ein sich gut vorbereitendes Rats-